

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

11.12.1925 (No. 288)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonton:  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Gefesbaltus  
E. Kienle  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.—, Vierteljährlich 10.—, Halbjährlich 18.—, Einjahrespreis 32.—, Ausland 36.—, Postfrei. — Einzelnummer 10 Pfennig. — Samstag 15 Pfennig. — Anzeigengebühr 14 Pfennig für 1 mm Höhe und ein Viertel Breite. — Bei Wiederholungen tariflicher Rabat, der als Kostenrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. — Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. — Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. — Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in der üblichen Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Wirtschaftliche Umschau

Es ist kein Zweifel, daß wir uns noch mitten in der Stabilisierungskrise befinden, die bisher zunächst durch starke Kreditgewährung der Reichsbank und dann durch das durch die Auslandsanleihen nach Deutschland hineinströmende Geld gebremst und gemäßigert wurde. Die Lage in Deutschland ist außergewöhnlich schwierig und der Höhepunkt der Krise sicher noch nicht überschritten. Die mit am dichtesten besiedelten Gebiete des Reichs, das Rheinland und Großberlin weisen Arbeitslosenfiguren von je 100 000 auf. Immer mehr steigern sich die Zusammenbrüche und Konkurse, Betriebsstillegungen und Betriebseinschränkungen. Sehr ernst sieht es auch in der badischen Industrie aus, was schon die Betriebsstillegungen an unserem größten Platz Mannheim zeigen. Benz will auf Wochen vom 18. Dezember bis zum 4. Januar seinen Betrieb schließen, Rang muß 1000 Mann zeitweise ausstellen lassen, ebenso hat die Sunlicht-Seifenfabrik Einschränkungen vorgenommen. Die große Weinheimer Maschinenfabrik Wadenia A. G. die mit Rang in Verbindung steht, hat die Geschäftsaufsicht beantragt. In der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes hält der Arbeitgeberverband einen Abbau der Löhne für notwendig, um die Betriebe weiterführen zu können. Das sind aus an und für sich günstig stehenden Industrien nur Stichproben, die täglich durch neu einlaufende Nachrichten ergänzt werden. Dabei sind die Abfahrtsrisen, der Kapitalmangel und die Unhaltbarkeit der Position zahlreicher Unternehmungen bereits derart fortgeschritten, daß längst mit künstlichen Mitteln einfach nichts mehr zu machen ist. Dies kommt auch in dem neuen Gesetzentwurf über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses zum Ausdruck, der die künstliche Erhaltung konkurrierender Unternehmungen und damit die Durchhaltung von Warenbeständen, auch im Interesse des Preisabbaus, erschweren will. Die Kriegs- und Inflationswunden zeigen sich erst jetzt vielfach in ihrer vollen Schwere, und ohne schwere Operationen und viele Opfer kann es nicht mehr abgehen. Die Inflation hat nicht nur eine Vermögensverschöberung gebracht, sondern auch eine Vermögensvernichtung auch bei solchen, die man vielfach als ihre Nutznießer ansah. Die in der Inflation gewonnenen Kapitalien sind zum sehr erheblichen Teil falsch, d. h. in unproduktiven Anlagen angelegt worden, diese Anlagen haben natürlich damit einen erheblichen Teil ihres Wertes verloren, d. h. soweit sie nicht ausgenutzt werden können, abgebaut, verschrottet werden müssen, ist auch ihr Wert gesunken.

Zunächst wird es sich darum handeln, die Basis der deutschen industriellen Produktion der verringerten Kapitalkraft und den verringerten Absatzmöglichkeiten anzupassen und sie dadurch rentabel zu gestalten. Dieser Prozeß ist in vollem Gang, und die Leiden der breiten Masse betroffenen Schichten werden durch die Arbeitslosenfiguren illustriert. Dies ist jedoch nur der eine mehr negative Teil des Programms einer wirtschaftlichen Wiedergeburt. Dem Abbau muß auch neuer Aufbau folgen. Nur als Übergangsstadium kann allenfalls der jetzige Zustand ohne schwerste Schäden für die deutsche Volksgemeinschaft ertragen werden. Die rationalisierten Betriebe müssen an ihren rationalen Ausbau denken. Deutschland muß derartig und derartig produzieren, daß es trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse die ihm das Ausland bereitet, auf dem Weltmarkt wieder vorwärts kommt, seine Bevölkerung zu ernähren imstande ist und seine Handelsbilanz weiter verbessert. Nur beste Arbeit, Qualitätsarbeit wird uns hierzu den Weg bereiten. So ist es die Hoffnung auf den deutschen Menschen, das unüberwältliche, in ihm liegende Kapital, die uns vor allem aufrecht erhalten muß. In Konsequenz solcher Erkenntnis kann natürlich das soziale Moment von Staat und Allgemeinheit nicht hintangestellt werden.

Berücksichtigt wird die Absatzkrise der deutschen Industrie noch durch das Valutadumping Frankreichs, Polens und Italiens, da diese Länder mit sinkender Währung auf dem Auslandsmarkt gegen das währungsstabile Deutschland sehr leicht konkurrieren können. Namentlich Frankreich unterbietet überall die Konkurrenz, nicht nur die deutsche, es hat seine Eisenproduktion von 600 000 Tonnen im März auf 750 000 Tonnen im November

steigern können, während die deutsche Produktion in der gleichen Zeit von 990 000 Tonnen auf 700 000 Tonnen zurückgegangen ist. Natürlich wird auch für Frankreich hier eine Grenze kommen, wie sie für Deutschland gekommen ist. Nachmal hat Frankreich bewußtweise seine Zuflucht zur Notenpresse genommen, aber diesmal wurde die Hinaufsetzung des Notenfontingents von einer sehr erheblichen Steuererhöhung begleitet. Wenn auch die eingehenden Summen nicht unbedingt zur Tilgung der Vorküsse der Bank von Frankreich an den Staat verwendet werden müssen, so soll die neue Steuerpolitik doch eine Abkehr von der bisherigen Inflationsmethode einleiten und zunächst Mittel für eine Übergangswirtschaft schaffen. Man will in den kommenden Monaten das Budget ins Gleichgewicht bringen, die Schulverhältnisse gegenüber Amerika und England regeln und schließlich die Währung dauernd stabilisieren.

Erster als in Frankreich, das ja immer noch ein reiches Land mit riesigen Kolonien und einer sich selbst genügenden Wirtschaft ist, sieht die Lage in Polen aus. Man will jetzt zwar auch die Ausgaben in allen Ressorts einschränken, sogar ein wenig die unnützigen Heeresausgaben, aber schon infolge der innerpolitischen Lage, und noch mehr infolge der großen Korruption bestehen hier außerordentliche Schwierigkeiten, um zu der angestrebten Stabilisierung des Plots zu gelangen. Die außerordentlich angeschwollenen staatlichen Betriebe bringen im Jahr hunderte von Millionen an Verlusten, die durch Steuern gedeckt werden müssen. Dazu gelbt die Landwirtschaft, das Haupttrüchgrat dieses fruchtbarsten Landes dauernd zurück, Ansammlung von Sparkapital findet so gut wie gar nicht statt, und bei der Kapitalarmut und der schwierigen politischen Lage des Landes hält das Ausland mit zum Wiederaufbau unbedingt erforderlichen Anleihen völlig zurück. Schwerste Wunden hat dabei Polen der Vorkrieg mit Deutschland geschlagen, der auch eine Ursache für die Zurückhaltung Englands und Amerikas ist.

Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft sind ferner auch durch die Zollpolitik des Auslandes herbeigerufen, das von hochschützöllnerischen Bestrebungen nicht abläßt und diese schwere Nüftung eher noch verstärkt als ablegt. Dabei hört man von überall her den Ruf nach einem Locarno der Wirtschaft, nach Abbau der internationalen Zollmauern. In seiner Stuttgarter Rede hat Reichsbankpräsident Dr. Schaack auf die nach Versailles entstandene ganz unmögliche Wirtschaftsgliederung Europas hingewiesen, wodurch an die Stelle großer wirtschaftlicher Einheiten ein Sammelsurium kleiner Staaten mit einem gerade in der heutigen Zeit fortgeschrittener Produktion ganz unrentablen Aufbau nationaler Industrien getreten ist. Eine Gesundung könne nur kommen, wenn die europäischen Völker sich zu einem großen europäischen Europa ohne Zollstrahlen vereinigen und daraufhin auch die deutsche Handelsvertragspolitik eingestellt werde. Das Bedeutsame ist, daß diese Rede, in der sich Dr. Schaack mit energischen Worten auch gegen den vielfach auftretenden willensschwachen Pessimismus, ebenso wie gegen den Schrei nach der Staatshilfe, wie gegen jeden Fiskalismus gewendet hat, auch von rechtsstehenden Blättern begrüßt wird und daß auch aus dem Ausland längst von überall her Stimmen für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit laut werden.

Es sind dies natürlich absolut freihändlerische Bestrebungen, die nicht nur kürzlich auf der 25. Jubiläumstagung des Deutschen Außenhandelsverbandes (früher Handelsvertragsverein) verfochten wurden, sondern auch überhaupt, vor allem in der deutschen Fertigwarenindustrie an Boden gewinnen. So hat sich ja auch der Bezirksverein Karlsruhe des Verbandes süddeutscher Industrieller dieser Tage mit dem Problem beschäftigt, das im Zusammenhang mit der zur Zeit in der Welt herrschenden Ara des Protektionismus immer ernster erörtert werde. Ganz protektionistisch ist namentlich in letzter Zeit auch die englische Wirtschaftspolitik geworden sowohl in der Schutzollgesetzgebung, wie auch in der Gewährung von Staatssubventionen, die sich für die englische Kohlenindustrie heute schon auf 19 Millionen Pfund Sterling belaufen. Die wirtschaftlich vereinigten

Staaten von Europa oder die europäische Zollunion würden natürlich einem entschiedenen Bruch mit all dem bedeuten, und schon deshalb sind in der Tat noch sehr viele Vorfragen zu klären, von denen mit als erste die Währungsfrage in Betracht käme. Einer absoluten Stabilisierung in den betreffenden Ländern müßte wohl früher oder später auch eine Vereinheitlichung der Währung folgen.

Die gerade auch für unsere badische Wirtschaft so bedeutungsvolle Fertigwarenindustrie erhebt vor allem die Forderung nach Handelsverträgen, die geeignet sind, die deutsche Fertigwarenausfuhr zu fördern. Dabei wendet sie sich scharf — wie kürzlich auf der Tagung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten — dagegen, daß einzelne in den Parteien besonders starke Gruppen der deutschen Produktion, wie beim Handelsvertrag mit Spanien, ohne Rücksicht auf die Gesamtlage ihrer Wünsche durchzusetzen in der Lage seien. Jetzt werde wiederum verlangt, daß verschiedene im Vertrag mit Italien vereinbarte landwirtschaftliche Zölle als Minimalzölle bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen gelten sollen, und mit Beziehung darauf wurde auf der erwähnten Tagung die Frage erhoben: „Ist die Einfuhr von Tomatenpüree z. B. für die deutsche Wirtschaft wichtiger als die Ausfuhr der deutschen Industrie?“ Es herrscht hier eben eine starke Divergenz zwischen den Interessen der Fertigwarenindustrie einerseits und denen der Landwirtschaft und der Koh- und Halbstoffproduktion andererseits, wobei die Maschinenindustrie der Meinung ist, daß nach Stabilisierung der französischen Währung die deutsche Eigenproduktion sich auch ohne Zölle halten könne.

### Die Beamtenbesoldung im Haushaltsauschuß

Der Haushaltsauschuß des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratung der sozialdemokratischen, kommunistischen und bolschewistischen Anträge über die Beamtenbesoldung fort. In der Aussprache hielten einige Abgeordnete eine Erhöhung der Beamtenbezüge noch vor Weihnachten für notwendig, während andere wenigstens eine einmalige Zulage bewilligt wissen wollten. Der Abg. Neubauer (R.) wandte sich dagegen, daß die Beamtenbesoldungsfrage mit der Frage der Regierungsneubildung verknüpft werde. — Abg. Bender (Soz.) bemängelt vor allem die Durchschnittslohnsätze der Arbeiter. — Abg. Dietrich-Branden (N.S.D.) hält die Verschleppung der Besoldungsfrage für unerträglich. — Abg. Laverenz (Dnt.) war der Ansicht, daß die Erhöhung der Grundgehälter überaus wünschenswert sei, sich aber vor Weihnachten kaum noch durchführen ließe. Der einzige Weg, den Beamten schnell Hilfe zu gewähren, sei, ihnen noch vor Weihnachten 60 Millionen Mark zur Verteilung zu bringen. — Abg. Steinfopf (Soz.) fragt die Regierung, was sie in der Frage der Beamtenbesoldung vorhat. Die einmalige Zulage helfe nur einen Augenblick und in kürzester Frist ließe man erneut vor der Notwendigkeit, die Beamtenbesoldungsfrage zu behandeln. Entschließe man sich aber zu einer einmaligen Zulage, so müsse sie selbstverständlich auch den Angestellten und Arbeitern gegeben werden. — Abg. Schmidt-Stettin (Dnt.) drang darauf, daß die Beamtenbesoldungsfrage, die Frage der Erwerbslosenfürsorge und der Lohnsteuer unbedingt noch vor Weihnachten erledigt werden müssen. Die Regierung solle endgültig sagen, was sie machen will. Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

### Erhöhung der Erwerbslosen-Sätze

Der Reichstagsauschuß für soziale Angelegenheiten beschloß am Donnerstag in später Abendstunde nach ausgedehnter Debatte, daß die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge ab 15. Dezember ds. Js. um 30 Prozent erhöht werden sollen. Der Ausschuß ersucht alsdann die Reichsregierung in einer von der Mehrheit angenommenen Entschließung, sofort die nötigen Mittel bereit zu stellen, um 1. am 15. Dezember ds. Js. an die bereits seit sechs Monaten ausgesperrten Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe von 100 Reichsmark zuzugleich 25 Reichsmark für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen, 2. an die infolge Überschreitung der Krankenversicherungspflichtgrenze von der Erwerbslosenfürsorge nicht erfahren, länger als sechs Monate stelltenlosen Angestellten eine einmalige Beihilfe von 150 Reichsmark zuzugleich 25 Reichsmark für jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen am 15. Dezember ds. Js. zur Auszahlung zu bringen.

Amtliche Großhandelsinbeziffer. Die auf den Stichtag vom 9. Dezember berechnete Großhandelsinbeziffer des Statistischen Reichsamtes ging gegenüber dem Stande vom 2. Dezember (122,9) um 0,3 v. H. auf 123,2 zurück. Gesunken sind die Preise für Roggen, Hafer, Vutter, Fleisch, Milch, Treibriemenleder, Baumwollgarn, einige Textilrohstoffe und Nichteisenermetalle. Höher lagen die Preise für Weizen, Gerste, Schmalz, Rohjute. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 117,9 auf 117,3 oder um 0,5 v. H. nachgegeben, während die Industriestoffe mit 132,2 (Vorwoche 132,3) nahezu unverändert blieben.

Mit der Beilage: 6. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

## Reichsbankpräsident Dr. Schacht über seine Amerikareise

Auf Einladung der Berliner Industrie und Handelskammer hielt Donnerstagabend im Berliner Börsengebäude Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Vortrag über seine amerikanischen Eindrücke.

Er leitete seine Ausführungen mit einem humoristischen Hinweis auf die abenteuerlichen Vermutungen ein, die in der deutschen Presse über den Zweck seiner Reise verbreitet worden sind. Er selbst habe diesen Nachrichten ferngestanden und die einzige Nachricht, die er selbst in die Presse gab, sei nicht geglaubt worden. Die Nachricht nämlich, daß er nach Amerika gefahren sei, um die persönlichen u. geschäftlichen Beziehungen mit der Federal Reserve Bank zu vertiefen und sich mit der amerikanischen Bankwelt über deutsche und amerikanische Verhältnisse auszusprechen. Statt dieser einfachen Wahrheit war-tete man vielfach in der deutschen Wirtschaft im Zusammenhang mit meiner Reise auf irgend ein großes Wunder von außen her, auf ein Wunder, das mit einem Schlage durch irgendeine fabelhafte Finanztransaktion plötzlich alle Wunden des deutschen Wirtschaftslebens heilen würde. Da ist nun gerade Amerika das richtige Land, um zu lernen, daß es Wunder im Wirtschaftsleben nicht gibt. Wenn wirklich etwas als ein Wunder für Amerika bezeichnet werden kann, so ist es die Verblendung, die die europäischen Völker in den Vernichtungskrieg des Jahres 1914 geführt hat. Der Krieg hat bewirkt, daß sich das volkswirtschaftliche Bild derart verschoben hat, daß Europa heute an der Peripherie liegt, und nicht mehr wie früher das Zentrum der Weltwirtschaft ausmacht.

Deutschland interessiert Amerika lediglich im Rahmen Europas und hier allerdings fällt Deutschland aus mancherlei Gründen einer starken Beachtung anheim. Das Vertrauen in die industrielle Lebensfähigkeit Deutschlands ist in Amerika unerlöschlich. Insbesondere wird die bei uns vorhandene organische Verbindung von Industrie und Wissenschaft außerordentlich hoch geschätzt. Überdies gilt der Deutsche als ein fleißiger und geschickter Arbeiter, als ein zuverlässiger und solider Kaufmann und Bankier. Die ganze geschäftliche Denkweise des Deutschen liegt der des Amerikaners durchaus nahe und verstärkt seine Neigung, mit den Deutschen geschäftliche Beziehungen zu unterhalten. In Amerika weiß man sehr wohl, und zwar besser als manche Kreise hierzulande, daß Deutschlands Zukunft nicht isoliert betrachtet werden kann. Die Stabilisierung der deutschen Währung wird von den Amerikanern als eine außerordentliche Leistung betrachtet. Ich bin niemals irgend einem Zweifel an der Zukunft der deutschen Währung begegnet.

Man erblickt im Dawesplan eine internationale Sicherung nicht nur für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung, sondern auch für die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Zustände. Die Befriedigung über den Abschluß des Locarno-Vertrages ist in Amerika deshalb eine besonders große gewesen, weil man damit einen großen Teil der politischen Hindernisse ausgeräumt sieht, die der weiteren wirtschaftlichen Rekonstruktion Europas entgegenstehen. Die Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse und stabiler Währungen auch in den übrigen europäischen Ländern wird nunmehr das nächste Ziel sein, an dem Amerika mitarbeiten wird. Die erste Voraussetzung für diese Mitarbeit war und ist naturgemäß die Regelung der Schuldverhältnisse der ehemaligen Verbündeten gegenüber Amerika.

Was haben wir nun praktisch von der Gesamteinstellung Amerikas für Deutschland zu erwarten? Man wird da den Satz voranstellen müssen, daß niemand berechtigt ist, Kredite zu nehmen, die nicht die Gewissheit in sich trägt, daß er diese Kredite verzinsen und bei Fälligkeit zurückzahlen kann.

Es ist selbstverständlich eine Utopie, zu glauben, daß Amerika uns nur annähernd solche Summen leihen kann oder leihen wird, wie sie in den Köpfen mancher deutschen Wirtschaftspolitiker spuken. Da aus deutschen und amerikanischen Gesichtspunkten heraus die Menge ausländischer Kredite begrenzt ist, so folgert, daß wir sparsam mit den Krediten umgehen müssen. Diese Kredite dürfen lediglich produktiven Zwecken der deutschen Wirtschaft zugeführt werden. Daher meine wiederholte Mahnung, daß diese Kredite nicht in erster Linie von Ländern und Kommunen in Anspruch genommen werden müßten für Zwecke, die für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft nicht unbedingt notwendig sind. Die Erzählung, daß die Reichsbank eine Kontrolle über die privaten Anleihen zu haben wünscht, gehört in das Reich der Fabel. Im Rahmen einer vernünftigen Anleihepolitik steht nach meinen Beobachtungen der amerikanische Markt den wirklichen deutschen Bedürfnissen durchaus zur Verfügung, allerdings zu Zinssätzen, die außerordentlich schwer sind.

Die derzeitige harte Auslandsverschuldung Deutschlands gibt zu Besorgnissen keinerlei Anlaß. Zwar sind in den letzten beiden Monaten erhebliche Beträge durch ausländische Anleihen nach Deutschland hereingekommen, aber ich habe zu meiner großen Genugtuung feststellen können, daß die gesamte Auslandsverschuldung Deutschlands sich dadurch nicht vergrößert hat. Mit den langfristigen Anleihen sind vielmehr viele kurzfristige Verpflichtungen abgesetzt worden. Die gesamte Verschuldung an das Ausland dürfte zur Zeit nach wie vor zwischen drei und dreieinhalb Milliarden RM. liegen. Es ist ein Betrag, der nach keiner Richtung hin zu Bedenken Anlaß gibt. Vielmehr zum Zwecke der Erhöhung der deutschen Produktivität eine langsame und maßvolle Vermehrung noch erlaubt. Es ist selbstverständlich, daß die leinere Industrie nicht mit der Emission von Anleihen in Amerika vorgehen kann. Auf das nachdrücklichste möchte ich daher warnen, daß deutsche öffentliche Körperschaften in Amerika auf die Geldsuche gehen. Wenn es uns gelingt, für die Landwirtschaft und für die Großindustrie sowie für unsere elektrischen Werke Auslandsgelder herbeizuholen, so werden dadurch inländische Gelder für den Kreditbedarf der anderen Wirtschaftszweige frei. Alles in allem sollten die Unternehmer nicht nur immer nach Auslandskrediten oder Staatshilfe schreien. So bequem geht der Wiederaufbau einer durch Krieg und Inflation schwer geschädigten Wirtschaft nicht vonstatten. Nur wenn bei uns eiserne Selbstzucht Platz greift, wird uns das amerikanische Volk seine Sympathien bewahren und sie verstärken. Seien wir selbst mutig und sparsam, dann wird das Wort wahr werden: Hilf dir selbst, dann hilft Amerika!

**Wechsel in der Rheinlandkommission?** Wie in Koblenz seit einigen Tagen mit wachsender Bestimmtheit verlautet, ist in nächster Zeit mit einem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden der Interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, zu rechnen. Herr Tirard soll den Wunsch haben, sein Amt niederzulegen und nach Frankreich zurückzukehren.

**Die Abfindung der ehemaligen Fürstenhäuser.** Der Reichsausschuß des Reichstages beschloß, den von den Demokraten eingebrachten Gesetzentwurf über die Abfindung der ehemaligen Fürstenhäuser auf die Tagesordnung der ersten Sitzung im neuen Jahr zu setzen. Ein demokratischer Antrag, den Gesetzentwurf noch vor Weihnachten zu erledigen, fand keine Mehrheit.

## Die Regierungskrise im Reich

Gestern übergaben die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten die erbetenen schriftlichen Erklärungen über ihre Stellungnahme zur Großen Koalition. Nach Berliner Meldungen ist es möglich, daß Reichspräsident v. Hindenburg bereits heute, Freitag, eine Persönlichkeits- und zwar voraussichtlich Dr. Luther, mit der Kabinettbildung beauftragt. Der „Berl. Lokalanzeiger“ will allerdings wissen, daß der Erteilung des Auftrages noch eine Besprechung sämtlicher Führer der für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien beim Reichspräsidenten vorausgehen soll.

### Die Bedingungen der Sozialdemokraten

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion befaßte sich am Donnerstag nach der Plenarsitzung nochmals mit der Lösung des Regierungproblems. Sie legte ihre Auffassung in einer Entschließung nieder, die noch am gleichen Abend mit einem Begleitbrief dem Reichspräsidenten übermittelt wurde. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion macht ihre endgültige Entscheidung von der weiteren Klärung der politischen Situation abhängig und ermächtigt ihre Vertreter, durch Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Parteien die nötigen Grundlagen für die Entscheidung der Fraktion zu schaffen. In diesen Verhandlungen legen wir Wert auf die Erörterung folgender Punkte:

Offenes Eintreten für die Republik, Abwehr aller monarchistischen Restaurationsversuche, Ratifizierung des internationalen Abkommens von Washington, Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes unter Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitstages, schnelle Verabschiedung des Gesetzes über die Erwerbslosenversicherung, Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge nach den sozialdemokratischen Anträgen, Handelspolitik mit dem Ziel der Förderung des industriellen Exportes, Verschiebung der Mietenerhöhung, Erhöhung des Beitrages für gemeinnützigen Wohnungsbau, keine Entzung der Besitzsteuer, Zurückziehung des Reichsschulgesetzentwurfes, reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung, mit rückwirkender Kraft, baldiger Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Aber die persönlichen Garantien ist nach Einigung über das sachliche Programm zu verhandeln.“

Der vorliegende Beschluß der Deutschen Volkspartei, der am Donnerstag in einer Sitzung der Reichstagsfraktion gefaßt wurde, ist nur formaler Natur. Es heißt darin, daß die Reichstagsfraktion die von ihren Verhandlungsführern dem Herrn Reichspräsidenten gegenüber eingenommene Stellung billigt.“

### Pressestimmen

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird von einer Reihe von Blättern kommentiert.

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem caudinischen Zug der Sozialdemokraten und glaubt nicht, daß auf Grund der sozialdemokratischen Forderungen noch irgendwie aussichtsreiche Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition geführt werden können.

Während die „Tägliche Rundschau“ keine redaktionelle Äußerung zur Frage der Regierungsbildung enthält, beschäftigt sich die „Germania“ ausführlich in einem Leitartikel damit. Sie bezeichnet die Frage als ein Führerproblem. Es bestände nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftspolitischer Zwang zur großen Koalition. Jetzt komme es auf den Willen und das Programm an. Diejenigen aber, die ein solches wirtschafts- und sozialpolitisches Programm der Veröhnung und des Ausgleichs schaffen, haben die Unterstützung des Zentrums. Die geborenen Bundesgenossen des Zentrums seien dabei alle diejenigen, denen es nicht in erster Linie darum zu tun ist, vermeintliche Vorteile für die eigene Wirtschaftskategorie oder für die eigene Partei zu ergattern, sondern die sich bemühen, staatspolitisch zu denken.

Die „Vossische Zeitung“ nennt es beachtenswert, daß es sich bei allen in dem sozialdemokratischen Fraktionsbeschluß enthaltenen Punkten nicht etwa um ultimative Forderungen handle, sondern um Punkte eines gemeinsamen Arbeitsprogrammes, die von den Sozialdemokraten zur Erörterung gestellt werden, also lediglich die Basis von Verhandlungen bilden sollen. Der Weg zur großen Koalition liege in nichts durch die bisherigen Beschlüsse der einzelnen Fraktionen verbaut worden.

Der „Vorwärts“ betont, daß das von der sozialdemokratischen Fraktion aufgestellte Arbeitsprogramm sich auf einige Punkte von entscheidender Bedeutung habe beschränken müssen, und daß nicht alle berechtigten Wünsche aufgenommen werden können, für deren Erfüllung die Partei eintrete.

### Eine Rede Dr. Stresemanns

Anläßlich des Parteitages der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreisverband Berlin sprach am Donnerstag Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einer öffentl. Versammlung. Er führte u. a. aus, es sei eine Verkennung des parlamentarischen Systems, wenn einer Partei Vorwürfe darüber gemacht werden, daß sie im Verlaufe der politischen Entwicklung mit verschiedenen Parteien zusammenarbeite. Eine andere Kombination als die Zusammenarbeit verschiedener Fraktionen sei bei den heutigen Parteiverhältnissen in Deutschland unmöglich. Wenn man zu den gesunden Verhältnissen kommen wolle, müßten alle Parteien Gelegenheit haben, im Verlaufe der Entwicklung an der Regierung mitzuarbeiten. Es sei daher völlig berechtigt, wenn der Deutschen Volkspartei zum Vorwurf gemacht werde, daß sie darauf bestanden hätte, die deutschnationale Partei an der Regierung mitzubeteiligen. Ebenso berechtigt sei es aber auch, ihr vorzuwerfen, wenn sie die Konsequenzen aus der heutigen Lage zöge, nachdem die deutschnationalen nicht nur durch die Ablehnung der Locarno-Verträge, sondern darüber hinaus auch durch ihre Anzweiflung der Rechtsgültigkeit dieser Verträge sich selbst von der weiteren Mitarbeit ausgeschlossen hätten. Anlaß zur Änderung der politischen Lage habe die Außenpolitik gegeben.

Dr. Stresemann ging ausführlich auf die Grundgedanken dieser Politik ein und erklärte, daß die Deutsche Volkspartei in ihrem Eintreten für diese Politik vom ersten bis zum letzten Schritt vollkommen einig gewesen sei. Die Partei werde sich an der künftigen Regierung nur mit Parteien beteiligen können, die gewillt seien, auf der Grundlage dieser Politik weiterzubauen. Der Minister fuhr fort, das Wort „Ausschlüsse“ in bezug auf das Rheinlandsystem sei vielleicht falsch gewählt, wenn es so verstanden würde, als wenn die Folgen der Verträge von Locarno sich im ihm erschöpften. Die auf Locarno aufgebaute Politik habe selbstverständlich die Herstellung der völligen Freiheit und Souveränität Deutschlands zum Ziel; sie bedeute darüber hinaus aber auch die aktive Beteiligung Deutschlands namentlich in den großen europäischen Fragen und solle der Ausdruck unbedingt friedlicher, aber ebenso unbedingt aktiver Politik sein.

## Deutscher Reichstag

BRV. Berlin, 10. Dez.

Ein Gesetzentwurf, der die Verordnung über die Eintragung von Hypotheken und Schiffspfandrechten in ihrer Geltung am 3. Jahre bis zum 31. Dezember 1928 verlängert, wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Dann wird die dritte Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt.

Abgeordneter Blum (Z.) betont, die Notlage der Landwirtschaft sei allgemein anerkannt. Wenn die Landwirte zum letzten Hilfsmittel der Ernteüberwindung der Wirtschaft schreiten würden, dann könne Deutschland schließlich zu einer einzigen großen Schaafweide werden. Das Interesse der ganzen Volksernährung erhebe sich schleunige Hilfe für die Landwirtschaft. Der Redner bemängelt die Preispolitik des Stickstoffhandels. Eine Verbilligung des Kunststickstoffes sei dringend erforderlich zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Bei der Steueranpassung sollte größere Rücksicht auf die Lage der Kleinbauern genommen werden.

Abg. Bramm (D. V.) begrüßt die vom Ernährungsminister geäußerte Hilfsbereitschaft der Regierung für die notleidende Landwirtschaft. Eine Besserung der Lage der Landwirte werde auch die Gesamtlage der Wirtschaft bessern. Die Abgabe der Industrie werde gehoben sein, wenn die Landwirte wieder tauffähig genug sind, die Industrieprodukte abzunehmen, die sie brauchen. Jetzt seien viele Landwirte nicht einmal in der Lage, die notwendigen Düngemittel zu kaufen. Das Verhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Produktion und denen der landwirtschaftlichen Produktionsmittel müßten endlich ausgeglichen werden. Die Tarifpolitik des Landarbeiterverbandes schade vielfach die Landwirte. Ein Teil der Fraktion der Deutschen Volkspartei werde der Getreidebewegungsvorlage zustimmen, ein anderer aber aus Ablehnung gegen eine Wiedereinrichtung der Reichsgetreidebörse die Vorlage ablehnen.

Abg. Langg (W. Vp.) spricht sich gegen die Getreidebewegungsvorlage der Regierung aus. Die Mehrheit der Bauern wolle von der Wiedereinrichtung der Reichsgetreidebörse nichts wissen. Die Regierung solle lieber den landwirtschaftlichen Genossenschaften Kredite zur Verfügung stellen, damit sie Getreide lagern könnten. Jetzt räche sich der Verzicht auf die Getreideminderbörse. Die Weiterberatung wird auf Freitag 8 Uhr vertagt.

Der Ältestenrat des Reichstages kam in seiner Sitzung am Donnerstag dahin überein, die Beratungen am Freitag, den 18. Dezember, zu vertagen und am 8. oder 10. Januar wieder aufzunehmen. Vor der Weihnachtspause will der Reichstag noch erliegen die Erwerbslosenfürsorge, die Deamentbesoldung, das Lohnsteuergebot, die deutsch-russischen Handelsverträge und den Gesetzentwurf über die Entlastung des Reichsgerichtes. Außerdem ist nach den bisherigen Dispositionen in Aussicht genommen, auch noch die Erklärung der neuen Regierung vor den Weihnachtsferien entgegenzunehmen.

## Politische Neuigkeiten

**Eine Rede des preussischen Ministerpräsidenten**  
Im preussischen Landtag nahm am Donnerstag der preussische Ministerpräsident Dr. Baumbach das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte:

Das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik liegt mehr als je zuvor jetzt beim Reich. Wenn es dieser Reichsregierung trotz des entscheidenden Einflusses der Deutschnationalen nicht gelungen ist, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Reich so zu gestalten, daß eine Katastrophe vermieden werden konnte, dann liegen doch wohl die Schwierigkeiten etwas mehr in der Sache als bei den Politikern. Unsere wichtigste Aufgabe ist es jetzt, Werte zu schaffen und mehr zu arbeiten. Die Wirtschaft muß wieder gefunden. Daß ist eine Winstenwahrscheinlichkeit, über die es wohl im ganzen Lande keine Differenz gibt. Nur über den Weg zur Gesundung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Es müssen die überflüssigen Betriebe verschwinden und das Höchstmaß von Rationalismus erzielt werden. Ich bin auch dafür, daß man insbesondere die überflüssigen Ausländer herauschmeißt. Dazu gehören insbesondere die 3-400 000 Arbeiter, die auf Veranlassung der ihnen (nach rechts) nahestehenden Kreise nach Deutschland herangezogen worden sind. Es ist ein Zusammenwirken aller Kräfte notwendig, um langsam aus der schweren Wirtschaftslage herauszukommen. Geben Sie die Mühen auf, daß Sie durch irgend ein Gesetz schnell aus dem Elend herauskommen, in das uns der Krieg hineingebracht hat. Wir haben in der preussischen Staatsregierung in den vergangenen sieben Jahren mit dem Ziele der Vermeidung einer Wirtschaftskatastrophe gearbeitet, und es ist uns ja auch gelungen, die Katastrophe bis heute abzuwenden. In diesem Sinne werden wir weiterarbeiten (Sehr gut links). Es ist notwendig, daß unsere Irproduktion gestärkt wird. Deshalb ist die Gesundung der landwirtschaftlichen Produktion eine der wichtigsten Aufgaben. Zur Wirtschaft gehört nicht nur der Produzent, sondern auch der Konsument. Wenn es nicht gelingt, den Konsumenten aufnahmefähig für die Produkte zu machen, dann nützt alles andere nichts.

Dann wendet sich der Ministerpräsident dem kürzlich vom Reichsrat angenommenen Gesetzentwurf zur Regelung der Getreidepreise zu. Er nennt diesen Entwurf ein „Gesetz zur Hochhaltung der Getreidepreise“. Wenn das ganze Volk leide, so müsse jeder Teil des Volkes seinen Anteil daran tragen. Die Verwirklichung der deutschnationalen und deutschnationalen Anträge würden nicht einen 30prozentigen Anstieg bedeuten, sondern eine 30prozentige Zunahme der Ausgaben bedeuten. Wenn man den Vertrag von Locarno ablehne, so müsse man doch andere Verträge machen. Glaube die Rechte etwa, durch ihr Auftreten gegen Locarno mehr oder billigere Kredite aus dem Ausland zu bekommen. In der Unklarheit sei die Folge der hohenpolitischen Machtpolitik, die der Redner als Nullionspolitik bezeichnet (Unruhe und lebhafter Widerspruch rechts). Die preussische Regierung wird — so schließlich der Ministerpräsident — nach wie vor die Realpolitik der Reichsregierung unterstützen (lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien, Fischen rechts).

**Zur Pensionierung des früheren Reichsministers des Innern**  
Schiele melden die Blätter: Bei der Berechnung der zur Pensionierung berechtigenden Dienstzeit wurde gemäß § 47 des Reichswehrgesetzes die Zeit des aktiven Militärdienstes zur Zivildienstzeit als Minister hinzugezählt und nach den Vorschriften des Militärversorgungsgesetzes die Zeit des Kriegsdienstes im Kampfbereich doppelt berechnet. Unter Berücksichtigung dieser gesetzlichen Vorschriften ergab sich für Minister Schiele eine Gesamtdienstzeit von 10 Jahren 20 Tagen. v. Schiele hatte somit einen vollberechtigten, klagbaren Anspruch auf eine Pension von 85 Prozent des pensionierungsfähigen Dienstverdienstes.

### Um die deutsche Luftfahrt

Die Vorkonferenz hat am Donnerstag vormittag in Paris getagt und sich mit den gegenwärtig zwischen Frankreich und Deutschland erörterten Luftfahrtsfragen beschäftigt. Es wurden dem „Matin“ zufolge die neuen Bestimmungen geprüft, die bisher für die deutsche Luftschiffahrt galten, und zwar mit der Absicht, diese Bestimmungen, was die Verkehrsflugzeuge anbetrifft, zu mildern. Die Vorkonferenz wird außerdem die Frage studieren, unter welcher Form die Kontrolle der zivilen und militärischen Luftfahrt in Deutschland durchgeführt werden soll. Schließlich wird die interalliierte Kommission von dieser Aufgabe entlastet und diese Kontrolle gemäß dem Versailler Vertrag durch den Völkerbundrat ausgeübt werden. Nach einer weiteren Meldung sind die deutschen Sachverständigen nach zwei Sitzungen mit ihren französischen Kollegen nach Berlin zurückgekehrt, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Man nehme an, daß sie in einigen Tagen wiederum nach Paris kommen werden und daß die Frage des Überfliegens deutschen Gebietes durch französische Flugzeuge einerseits und des Überfliegens des Rheinlandes durch deutsche Flugzeuge andererseits noch vor Ablauf dieses Jahres geregelt werde.

### Vom Kuratorium für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen

Das Kuratorium für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen, das eine Preisausforschung zur Gewinnung von Vorschlägen zur wirtschaftlichen Gestaltung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland veranstaltet, hatte am Donnerstag zu einem Tee ins Hotel Adlon in Berlin geladen, zu dem zahlreiche Vertreter der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung, des Reichsrates, des Reichstages, des Reichswirtschaftsrates, der kommunalen Spitzenverbände der Stadt Berlin, der Reichsbahndirektion, der Spitzenverbände der Wirtschaft, der Hochschulen und der Presse erschienen waren.

Staatsminister von Löbel begrüßte namens des Kuratoriums die Erschienenen und betonte, daß die Veranstaltung insbesondere der Presse gelte, die sich mit der für die wirtschaftliche und politische Wiederaufrichtung so wichtigen Frage der Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen regen beschäftigen müsse. Das Kuratorium sei aus der freien Initiative von Persönlichkeiten der verschiedensten Berufs- und Parteirichtungen hervorgegangen. Das Kuratorium sei infolge eines Preisausforschens der Zeitschrift „Der Deutschenpiegel“ gebildet worden, das die besten Arbeiten auf dem Gebiete der Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen mit Prämien auszeichnen wolle.

Im Anschluß sprach Privatdozent Dr. Friedrich Naab über das Thema: „Warum müssen wir sparen?“ Präsident des Reichsländerbundes Depp und das geschäftsführende Präsidialmitglied des Industrie- und Handelsvereins Reichsminister a. D. Hamm begrüßten die Besprechungen des Kuratoriums, die angesichts des erschütternden Eintreffens unserer Wirtschaftslage die dringendste Aufgabe der Gegenwart bildeten.

Staatsminister a. D. Sämisch sprach das Schlusswort. Er wandte sich mit warnenden Worten an die Beamtenenschaft, indem er sie zur Mitarbeit aufforderte. Kern und Schluß seiner Ausführungen bildete ein kraftvoller Appell an die breite Öffentlichkeit und besonders der Ruf an die Vertreter der Presse, die Überzeugung zu verbreiten, daß die von dem Kuratorium angestrebte Herabminderung der öffentlichen Lasten und Ausgaben im Interesse jedes einzelnen liege und in der Not der gegenwärtigen Zeiten das wirksamste Mittel ist, um eine bessere Zukunft für Deutschland vorzubereiten.

### Kurze Nachrichten

**Audienz des braunschweigischen Finanzministers.** Finanzminister von Cromie ist, wie aus Braunschweig gemeldet wird, von seinem Amte zurückgetreten. Er hatte sich kürzlich einer Blinddarmerkrankung unterziehen müssen, die es ihm unmöglich machte, seine Amtspflichten in zufriedenstellender Weise zu erfüllen.

**Antrag auf Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik.** Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik aufgehoben werden soll.

**Amnestieverhandlungen in Koblenz.** Augenblicklich befindet sich eine deutsche Delegation in Koblenz, die seit Mittwoch mit der Rheinlandkommission über die Haftentlassung der in den Gefängnissen der nördlichen Zone festgehaltenen deutschen Staatsangehörigen verhandelt. Diese Verhandlungen sind vorläufig streng vertraulich und werden bis Ende der Woche dauern.

**Aus dem württembergischen Landtag.** Nach mehrstündiger Debatte, in deren Verlauf auch Staatspräsident Bagille das Wort ergriff, wurde am Donnerstag im württembergischen Landtag ein kommunikativer Mißtrauensantrag gegen die Kommunisten und einen bürgerlich-sozialen, sowie ein sozialdemokratischer Antrag, der die Stellungnahme der württembergischen Regierung nicht billigt, mit 41 Stimmen gegen 24 Stimmen abgelehnt.

**Peteren als 1. Bürgermeister wiedergewählt.** Der Hamburger Senat hat für das Jahr 1926 Bürgermeister Dr. Karl Peteren (Dem.) zum 1. Bürgermeister und Bürgermeister Dr. Max Schramm (D.V.P.) zum 2. Bürgermeister wiedergewählt.

**Erwerbslosen-Demonstrationen vor dem thüringischen Landtag.** Donnerstag mittag bewegte sich ein aus schätzungsweise 1000 Männern, Frauen und Kindern bestehender Demonstrationstrupp von Erwerbslosen durch die Hauptstraßen der Stadt Weimar. Sie führten Schilder mit der Aufschrift: „Brot, Arbeit! Kein Pfennig den Fürsten“ mit sich und sangen die Internationalen.

**Eine Tat, keine Rede.** In Goswig in Anhalt beschloß nach einer Meldung des „Berl. Lokalanz.“ die Stadtverordnetenversammlung, auf die Aufwandsentschädigung, die für das laufende Rechnungsjahr 5000 Mark ausmacht, zu verzichten und das Geld an die Erwerbslosen zu verteilen.

**Wann fällt das holländische Bismarck?** Wie der „Doll. Jg.“ aus dem Haag gemeldet wird, haben die Verhandlungen über Abschaffung des Bismarckvisums zwischen Deutschland und Holland noch immer zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. In einer Denkschrift des holl. Auswärtigen Amtes an die Kammer wird mitgeteilt, daß von einer Aufhebung des Bismarckvisums zum 1. Januar keine Rede sein könne. Vielleicht könne man mit der Abschaffung am 1. Februar rechnen.

**Goldwährung in Finnland.** Der finnländische Reichstag nahm in dritter Lesung das Gesetz über die Wiedereinführung der Goldwährung vom 1. Januar 1926 ab an. — Das finnländische Kabinett ist wegen eines Konfliktes bei der Bewilligung der Mittel für die Küstenverteidigung zurückgetreten.

Die neue spanische Regierung veröffentlichte eine Erklärung, worin sie eine Diktatur der mittleren Klasse verpricht, ohne sich nach rechts oder links drängen zu lassen. Die Maroff-Politik soll im bisherigen Geiste fortgeführt werden und die Lösung des Problems im Frühjahr gefunden werden. Das Budget ohne Defizit wird für das erste Trimester ausgearbeitet.

**Zuspitzung des Rösslstreits.** Die Türkei hat beschlossen, den Schiedspruch des Völkerbundes in der Rösslfrage nicht anzunehmen. Da türkische Truppenkonzentrationen von der Realgrenze gemeldet werden, scheint die Lage kritisch. England hält eine Aufgabe des Rössl für sehr gefährlich, da im Anschluß daran Erhebungen in Ägypten, Palästina und Indien befürchtet werden.

**Ein Friedensangebot Abd-el-Krims?** Ghabas meldet: Kapitän Gordon Cuning trat in Paris ein. Er behauptet, der Überbringer eines offiziellen Briefes von Abd-el-Krim, der einige Friedensbedingungen vorschlägt, zu sein. Abd-el-Krim erkenne die religiöse Oberhoheit des Sultans an, beanspruche aber die volle politische Selbständigkeit des Rifgebietes, die namentlich das Recht umfasse, ein Heer zu unterhalten.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

**Einträge**  
Im badischen Landtag wurde von deutschnationaler Seite ein Antrag eingebracht, in dem gefragt wird, ob die Regierung erfolgreiche Schritte tun könne, um bei der Reichsbahngesellschaft eine Wiederholung der Prämien- und Zulagenverteilung an einen Teil der Beamten — besonders der höheren — wie sie im vorigen Jahr geübt worden ist, und berechtigten Anmut und scharfen Kadel hervorrief, zu verhindern? Die angekündigten großen Entlassungen, welche durch die wirtschaftliche Lage der Reichsbahn bedingt sein sollen, würden mit Recht eine noch schärfere Erbitterung hervorrufen, wenn diese Prämienverteilung wieder stattfinden würde.

**Lohnverhandlungen für die badische Textilindustrie**  
Die Lohnverhandlungen für die badische Textilindustrie finden dieser Tage vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin statt.

### Gemeinde-Rundschau

**Bürgermeisterwahl.** Die am Sonntag in Muggenbrunn abgehaltene Bürgermeisterwahl hatte eine ziemlich lebhaftete Beteiligung. Mit großer Stimmenmehrheit wurde der bisherige Ratsschreiber Kornel Stiegeler zum Bürgermeister gewählt.

**Nahrungsmittelkontrolle in Freiburg i. Br.** In den Monaten Oktober und November kamen 21 Landwirte zur Anzeige, weil sie stark gewässerte oder entrahmte Milch abliefern. In Broggingen kamen an einem Morgen allein 5 Milchfässerungen zur Feststellung. Auf dem Markt enthielten 31 erhaltene Butterproben große Mengen (bis zu 44 Proz.) der wertlosen Buttermilch. Zwei Butterhändlerinnen, die Butter unter falscher Bezeichnung ihrer Herkunft in den Handel brachten, sehen ihrer Bestrafung entgegen. In 5 Fällen wurden Eier als Landeier in den Verkehr gebracht, die alt oder teilweise verdorben waren. Die wiederholte Kontrolle des Brotgewichtes in den Bäckereien führte zu keiner Beanstandung.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Kaltlose Wettervorhersagen

In der deutschen Presse sind letzter Zeit wiederholt Artikel erschienen, die berichten, daß die Deutsche Seewarte in Hamburg infolge des Auftretens größerer Sonnenflecken Gruppen einen milden Winter vorhersehen. Die Deutsche Seewarte erklärt hierzu, daß sie mit diesen Ausführungen nicht das geringste zu tun habe, daß also ihr Name in dieser Angelegenheit mißbraucht worden sei. — Wettervorhersagen auf längere Zeit hinaus sind überhaupt noch nicht möglich. Man hat zwar eine Reihe von Beziehungen zu finden gelaubt, z. B. zwischen dem Auftreten von Sonnenflecken und der Niederschlagsmenge, dem Schneereichtum der Winter usw. Aber alle diese Beziehungen sind so wenig eindeutig, daß z. B. das eine unterstrichene Element auf einen milden Winter, das andere auf einen strengen hindeuten kann. Die Untersuchung der Vorgänge in unserer Atmosphäre ist in den rund 100 Jahren, seit denen eine wissenschaftliche Meteorologie besteht, noch nicht so weit vorgeschritten, um zu hohen Ansprüchen an die Vorhersagen stellen zu können. Von wissenschaftlicher Seite müssen daher alle Versuche, das Wetter im Detail auf mehr als 2 Tage, seinem Charakter nach auf höchstens 8 Tage in großen Zügen vorherzusagen zu wollen, als noch unmöglich und haltlos bezeichnet werden. Dr. M.

**Landgerichtspräsident Freiherr von Babo †.** Im Alter von 68 Jahren ist Landgerichtspräsident Karl Freiherr von Babo gestorben. Er stammt aus Weinhelm, trat im Jahre 1884 in den badischen Justizdienst ein und war als Amtsrichter und Oberamtsrichter in Forstheim und Landgerichtsrat in Mannheim tätig. Im Jahre 1904 kam er als Landgerichtsrat nach Karlsruhe. Im Jahre 1916 wurde er zum Landgerichtspräsidenten in Karlsruhe ernannt.

**Lesesaal der Badischen Kunsthalle.** Der Lesesaal der Badischen Kunsthalle ist von nun an wieder zu folgenden Zeiten der allgemeinen Benutzung freigegeben: Dienstag 11—1 und 4—6 Uhr, Mittwoch 11—1 und 5—7 Uhr, Donnerstag 11—1 und 4—6 Uhr.

**„Unter Verzicht auf Widerruf.“** Aber die Bedeutung dieser bei der Ablosung der früheren Reichsanleihen in den Antragsformularen vorgesehenen Worte war bekanntlich Meinungsverschiedenheit aufgetreten, die dazu führte, daß die Angelegenheit zu einer Anfrage an den Reichstag sich verdichtete. Wie nunmehr aus Berlin gemeldet wird, hat auf diese Anfrage das Reichsfinanzministerium die Antwort erteilt, daß durch die Worte „Unter Verzicht auf Widerruf“ der Antragsteller zum Ausdruck bringen soll, daß er seinen einmal gestellten Antrag nicht zurücknehmen werde, ein Verzicht auf irgendwelche materiellen Rechte, die gegenwärtig bestehen oder etwa durch eine künftige Gesetzgebung entstehen, könne aus der Abgabe dieser Erklärung nicht hergeleitet werden. Anträge, in denen diese Worte durchstrichen sind, würden in ihrer Rechtsgültigkeit nicht beeinträchtigt.

**Schwurgerichtstagung.** Am Montag beginnt die 8. Schwurgerichtstagung, und zwar wird verhandelt am 14. Dezember gegen den Zimmermann Wilh. Schmalzhauf und den Biegeleiarbeiter Emil Schmalzhauf aus Oberhausen wegen Körperverletzung mit Todesfolge, ferner am nachmittags gegen den Malbarbeiter Pius Hennels und den Tagelöhner Alois Erdel aus Neuhard wegen Meineids und Anstiftung dazu, am Dienstag gegen den Hilfsarbeiter Alfons Bestermann aus Reibheim wegen Diebstahls im Rückfalle und Körperverletzung mit Todesfolge, sowie nachmittags gegen den Arbeiter Karl Wilh. Stahl aus Gröbningen wegen Meineids.

**Badisches Landestheater.** Die Proben zu Clemens von Brandenstein's Oper „Li-Tai-Pe“, die am zweiten Weihnachtsfeiertag unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner zum erstenmal in Szene geht, sind bereits in vollem Gange. — Am Sonntag, den 13. Dezember, ist die erste Wiederholung von Verdi's „Amelia oder Ein Maskenball“. Am Montag, den 14. Dezember, folgt das „IV. Sinfonie-Konzert“ mit dem hervorragenden Pianisten Nicolai Orloff als Solisten. Für Mittwoch, den 16. Dezember, wird Beethoven's „Fidelio“ vorbereitet. Am Freitag, den 18. Dezember, folgt eine Wiederholung der Opernmeister: „Tanz der Sphären“, „Der Apotheker“ und „Die schöne Galathea“. Am Sonntag, den 20. Dezember, findet eine Wiederholung des neuinstudierten „Fidelio“ statt. Auf die beiden ersten Aufführungen des Märchenspiels „Peterchens Mondfahrt“ von Gerdt von Pasetzki, mit der Musik von Clemens Schmalzhauf, am Samstag, den 12. Dezember (Beginn: 6 Uhr) und am Sonntag, den 13. Dezember, vormittags 11 Uhr, sei nochmals hingewiesen. Die darauffolgende Woche bringt im Schauspiel am Dienstag, den 15. Dezember, die dritte Aufführung der dramatischen Historie „Quarez und Maximilian“ von Franz Werfel; am Donnerstag, den 17. Dezember, gelangt für die Volkshöhne Schillers Trauerspiel „Die Räuber“ zur fünften Aufführung und am Samstag, den 19. Dezember, geht Shakespeares Lustspiel „Was Ihr wollt“ zum viertenmal in Szene. Die unverwundliche Kasse „Pension Schöller“ von Wilhelm Jacoby und Carl Laufs wird am Sonntag, den 20. Dezember, im Konzerthaus zum drittenmal gegeben. In Vorbereitung befinden sich zur Zeit drei Erstaufführungen; der Schwant „Irrgarten der Liebe“ von Hans Sturm, die Komödie „Der mutige Seefahrer“ von Georg Kaiser und das Lustspiel „Der ewige Jüngling“ von Alexander Engel. Der „Irrgarten der Liebe“ wird an den beiden Weihnachtsfeiertagen und am Sonntag, den 27. Dezember, im Konzerthaus in Szene gehen, während Georg Kaiser's „Mutige Seefahrer“ am Dienstag, den 29. Dezember, seine hiesige Erstaufführung erleben soll. „Der ewige Jüngling“ ist für Samstag, den 2. Januar, vorgesehen. — Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die zweite Aufführung des Weihnachtsmärchens „Peterchens Mondfahrt“ am Sonntag, den 13. nicht wie früher angegeben nachmittags 2 1/2 Uhr, sondern schon vormittags 11 Uhr stattfindet.

**Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe v. 11. Dez.** Der gestrige Tag brachte eine 3/4-proz. übernorm. Mitteltemperatur und Niederschläge, die 5—10 Liter pro Quadratmeter betrug. Diese fielen in den Tälern als Regen, über 800 Meter als Schnee. Heute früh ist die Temperatur gegenüber gestern unverändert geblieben (5 Grad). Im Hochschwarzwald ist heute leichter Schneefall eingetreten. Die Grenze liegt bei 800 Meter. Der Kern des Tiefdruckgebietes liegt heute über Dänemark. Die erste Kaltluftstapel ist bis zum Kanal, eine zweite bis Schottland vorgebrungen. Das Tiefdruckgebiet transportiert auf seiner Rückseite Kaltluftmassen nach dem Süden. Die erste Kaltluftstapel wird uns im Laufe des morgigen Tages erreichen. Wetterausblick für morgen: Temperatur meist wenig verändert, später Abkühlung (abnehmender leichter Nachtfrost), zeitweise Niederschläge im Gebirge durchweg als Schnee, westliche Winde.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**DB. Rastatt, 10. Dez.** Seit gestern zählt die hiesige Stadt 430, der ganze Bezirk des Arbeitsamtes 1392 Arbeitslose, zusammen 1892 Erwerbslose. Ein Vergleich mit der vorjährigen Lage des Bezirkes ergibt, daß die Arbeitsmarktlage ähnlich schlecht steht wie im Jahre 1923. Die Berichte aus industriellen Kreisen über Auftragsmangel und Absatzkrise bestätigen das. Die Arbeiterentlassungen nehmen immer größeren Umfang an. Manche Betriebe schließen ganz. Die kalte Witterung hat auch das Baugewerbe zur Stilllegung gezwungen. Die hiesige Stadt wie auch verschiedene Gemeinden des Bezirkes lassen Notstandsarbeiten ausführen.

**DB. Furtwangen, 10. Dez.** In der hiesigen Stadt sind gegenwärtig 270 Arbeitslose und 700 Kurzarbeiter. Von letzteren arbeiten nur 15 über 40 Stunden, ein großer Teil arbeitet nur 24 Stunden in der Woche.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Tevisnotierungen

	11. Dez.		10. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.54	168.96	168.52	169.94
Kopenhagen 100 Kr.	104.57	104.83	104.77	105.03
Italien . . . 100 L.	16.88	16.92	16.88	16.92
London . . . 1 Pf.	20.351	20.401	20.345	20.395
New York . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	15.83	15.87	15.865	15.905
Schweiz . . . 100 Fr.	80.84	81.04	80.85	81.05
Wien 100 Schilling	59.13	59.27	59.13	59.26
Krag . . . 100 Kr.	12.422	12.462	12.42	12.46

### Bücheranzeigen

**Der Kleine Brodhaus.** Der bekannte Leipziger Verlag F. A. Brodhaus hat uns mit einem neuen Werk beglückt, das kurz und bündig alles beantwortet, was jeder rasch bei seiner täglichen Arbeit, bei privater Beschäftigung, beim Studium, bei der Lektüre wissen möchte. „Der Kleine Brodhaus, Handbuch des Wissens in einem Band“, nennt es sich, und ist für alle die bestimmt, die nicht in der Lage sind, seinen größeren Bruder, den Neuen Brodhaus in vier Bänden, anzuschaffen. Denn der Preis des einbändigen Werkes ist so gehalten, daß sein Besitz einem jeden möglich ist. Für 23 Mark — das ist eine Kiste Zigarren oder ein Gänsebraten oder ein neuer Hut — kann man den Kleinen Brodhaus im vornehmen Halbleinwand ersehen. Außerdem gibt es aber einen noch billigeren Weg, in Besitz dieses Werkes zu gelangen: Man zahle vierzehntägig 2 Mark und 10 Pfennige — das ist eine kleine Schachtel Zigaretten — und man erhält dafür ein Heftchen des ganzen Werkes, das auch in zehn Heften bezogen werden kann. Man opfere täglich 16 Pfennige, dann kann man in kurzer Zeit den Einbänder sein eigen nennen, ein Nachschlagewerk, das für geistig Schaffende wie für praktische Arbeiter ebenso unentbehrlich ist, das dem Mann als Auskunftsbuch, der Frau als häuslicher Ratgeber, dem Schüler als Realienbuch dient. Denselben Zweck sind auch die Tafeln von Klaren, musterhaft angeordneten Abbildungen und Karten bestimmt, die den reichen Text wirksam unterstützen. Der Kleine Brodhaus ist das Haus- und Nachschlagewerk für jedermann, das — in einem einzigen Alphabet geordnet — Fremdwörterbuch, Orts-Region, Kunstfeste über berühmte Persönlichkeiten, Ratgeber auf allen Wissensgebieten ist, das die Vergangenheit ebenso berücksichtigt wie die neuesten Geschehnisse.

**Lehrprobleme der Geschichtsphilosophie.** Von Prof. Dr. Th. S. Gaering (Wissen und Wirken Bd. 26) 1925. Verlag G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe. Preis M. 3.—

Der Verfasser will weder eine eindeutige Antwort auf alle Fragen der Geschichtsphilosophie noch im Sinne eines Lehrbuchs absolute Vollständigkeit des auf diesem Gebiete Geleisteten geben, sondern an vielen Beispielen die Hauptprobleme der Geschichte und die Haupttypen der vom Altertum bis zur Gegenwart versuchten Lösungen und Lösungsmöglichkeiten dem Leser vorführen, um ihm zugleich die Gesichtspunkte zu eigener kritischer Stellungnahme an die Hand zu geben. Im Hinblick auf gewisse Modeströmungen, die sich in der Gegenwart als einzig mögliche Betrachtungsweisen gegenüber der Geschichte aufspielen, liegt ihm vor allem daran, zu zeigen, wie einseitig und gewalttätig dieselben in vielen Punkten mit den wirklichen Tatsachen der Geschichte umgehen und wie auch heute noch, mindestens neben ihnen, andere, vermeintlich gängig abgetane Auffassungen der Geschichte noch ebensoviel möglich und mit gutem Gewissen zu verteidigen sind, wie früher, wo sie umgekehrt manchmal die alleinherrschenden waren. Dabei hält er es für die wichtigste Vorbereitung zu jeder brauchbaren Geschichtsphilosophie, zu lehren, die Probleme da zu sehen, wo sie wirklich liegen, und hierdurch ebenso sehr einer Überschätzung wie der heute vielfach beliebten Unterschätzung des Erkennens gerade auch auf diesem Gebiet vorzubeugen. In diesem Sinne werden zuerst die mehr formal-erkenntnistheoretischen Probleme erörtert, die sich an den besonderen Gegenstand der Geschichte und die Methoden seiner Erfassung anschließen, und dann die mehr sachlichen, systematisch-metaphysischen, wie sie durch die Fragen nach Gesetzen, nach überindividuellen Zusammenhängen, nach Ziel und Zweck in der Geschichte und nach der Rolle des „Irrationalen“ in ihr bezeichnet werden. Die Sprache vermeidet, entsprechend dem Zweck der Sammlung, möglichst alle gelehrten Fachausdrücke und ist allgemeinverständlich gehalten.

**I. Staatliche Prüfung:**  
Am 20. und 21. Mai 1926 findet eine staatliche Sonderprüfung für Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen statt. Prüfungsstelle im Sinne des § 1 der obengenannten Verordnung ist die Soziale Frauenschule Mannheim-Bindenhof-Diesterwegschule.

Die Zulassungsbestimmungen für die Prüfung sind bei der Prüfungsstelle zu erheben.

Meldungen zur Prüfung sind bis spätestens 8. April 1926 an die Prüfungsstelle zu richten, die sie dem Ministerium des Innern weiterreicht.

Die Prüfungsgebühr von 20 RM. ist spätestens 14 Tage vor der Prüfung an die Landeshauptkasse in Karlsruhe — Buchhalterei IV — einzuzahlen.

**II. Nachschulungskursus.**  
Zur Vorbereitung für die unter Abschnitt I erwähnte staatliche Prüfung wird für im Beruf stehende Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen ein Nachschulungskursus nach § 5 der Verordnung vom 17. März 1921 bei der Sozialen Frauenschule Mannheim unter Staatsaufsicht durchgeführt.

Der Kursus findet in der Zeit vom 11. Januar 1926 bis 19. Mai 1926 statt.

Anmeldungen sind bis zum 20. Dezember 1925 an die Soziale Frauenschule Mannheim-Bindenhof-Diesterwegschule zu richten.

Zu dem Kursus aufgenommen werden nur solche Bewerberinnen, die eine praktische Vorbildung besitzen und seit mindestens 1. März 1921 in sozialer Berufstätigkeit stehen.

Die näheren Aufnahmebedingungen sind durch die Soziale Frauenschule Mannheim zu erhalten.

Karlsruhe, den 9. Dezember 1925.  
Der Minister des Innern.  
J. B. Leers.

Montag, 14. Dezember. Th.-Gem. III. S.-Gr. u. 1.—100 IV. Sinfonienkonzert. Dir.: Ferdin. Wagner. Solist Nikolai G. Löff-Berlin (Klavier). Werke von O. Respighi, S. Rachmaninoff u. A. Scriabine. 7½—9½. (4.90).

Dienstag, 15. Dezember. \* F 11. Th.-Gem. II. S.-Gr. Quartett und Maximilian. 7½ bis nach 10¼ Uhr. (5.20).

Mittwoch, 16. Dezember. \* C 11. Th.-Gem. 501—600, B.-G. S.-Gr. Fidelis. Opern 2. Alt. von Kreisler. Musik von Beethoven. 7½ bis nach 10¼ Uhr. (8.40).

Donnerstag, 17. Dezember. \* Volksbühne 4. Die Räuber. 7 bis gegen 11 Uhr. (5.20).

Der IV. Rang ist zum allgem. Verkauf freigegeben.

Freitag, 18. Dezember. \* A 11. Th.-Gem. 801—900. a) Tanz der Sphären; b) Der Apoteker; c) Die schöne Galathea. 7½ bis gegen 11. (7.40).

Samstag, 19. Dezember. Nachmittags. Zu ermäßigten Preisen: Peterhens Mondfahrt. 2¼—5 Uhr. (2.50).

Abends: \* B 11. Th.-Gem. 601—700 u. 801—1000. Das Jahr wohnt. 7¼—10¼ Uhr. (5.20).

Sonntag, 20. Dezember. Zu ermäßigten Preisen: Peterhens Mondfahrt. 2—4¼ Uhr. (2.50).

Abends: \* E 12. Th.-Gem. 701—800. Fidelis. 6½ bis nach 9¼ Uhr. (9.40).

Dienstag, 22. Dezember. \* Volksbühne 4: Die Räuber. 7 bis gegen 11 Uhr. (5.20).

Karten aller Preisgattungen in genügender Anzahl noch erhältlich.

b) Im Konzerthaus:  
Sonntag, 13. Dezember. \* Pension Schiller. 7¼—9½ Uhr. (4.20)

Sonntag, 20. Dezember. \* Pension Schiller. 7¼—9½ Uhr. (4.20)

In den Preisen sind das Programmheft und die Sozialabgabe inbegriffen.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag den 12. Dezember, nachm. ¼4—5 Uhr; allgem. Vorkauf und weiterer Umtausch ab Montag, 14. Dezember. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Kartenerverkauf: Vorverkaufsstelle des Landestheaters, Fernspr. 6287. In der Stadt: Hauptverkaufsstelle Musikalienhandlung Fris Müller, Ede Kaiser- u. Balbstr., Fernspr. 488 und Weisbrod Hermann Meise, Kaiserstr. 14, Fernspr. 450. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Brunner, Kaiserallee 29, Fernspr. 4851; Kaufmann Karl Holzschuh, Werderstr. 48, Fernspr. 508.

**Staatsanzeiger**  
Bekanntmachung  
über die staatliche Sonderprüfung von Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen sowie über die Einrichtung eines Nachschulungskurses.  
Gemäß § 11 ff. und § 5 Satz 2 der Verordnung vom 17. März 1921, die staatliche Prüfung von Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen betr., wird folgendes verfügt:

**Badisches Landestheater**  
Spielplan für die Zeit vom 12. bis 22. Dezember 1925  
a) Im Landestheater:  
Samstag, 12. Dezember. Zum erstenmal: Peterhens Mondfahrt. Ein Märchenpiel in 7 Bildern von Gerdt von Passow. Musik von Clemens Schmalstieg. 6—8¼ Uhr. 1. Rang 3 M., Sperrsitze 2.50, 2. Rang 2 M., 3. Rang 1.20 M., 4. Rang 0.70 M.  
Sonntag, 13. Dezember. Vormittags: Peterhens Mondfahrt. 11—1¼ Uhr. (2.50). Abends: \* C 11. Th.-Gem. 801—400. Amalia oder: Ein Radtenball. 7—9¼ Uhr. (9.40).

**Badische Lichtspiele**  
Konzerthaus  
**Die neue Grossmacht**  
Der Film  
von der Frankfurter Olympiade  
Musik-Begleitung: Polizeikapelle  
Freitag, den 11., Samstag, den 12. und Montag, den 14. Dezember, jeweils 8 Uhr abends  
Samstag auch 4 Uhr nachmittags  
Sonntag, den 13. Dezember, nur 4 Uhr nachm.  
Preise: M. 0.80, 1.—, 1.30, 1.60, 1.80  
Erwerbslose, Schüler und Studierende gegen Ausweis halbe Preise  
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstr.

**Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.**  
In Anielingen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.  
Sperrbezirk ist das versuchte Gehöft.  
Beobachtungsgebiet ist der übrige Teil der Gemeinde.  
Die Sperrzone umfasst alle Gemeinden des 15. Amt. Umkreises.  
Karlsruhe, den 9. Dezember 1925. O. B. 190  
Bezirksamt Aht. II b.

**Die Ausstellung von Legitimationspapieren für das Jahr 1926 betr.**  
Am 31. Dezember 1925 erlischt die Geltungsdauer der für das Jahr 1925 ausgestellten Gewerbelegitimationskarten, Bändergewerbebescheine, Erlaubnisbescheine Form. „G“ für den Stadbezirk, Legitimationsbescheine für Druckschriften Form. „N“, Fischerkarten und am 31. Januar 1926 die Jagdpässe.  
Die Personen, die für das Jahr 1926 bezügliche Papiere benötigen, werden sie zweckmäßigerweise schon jetzt beim Rathaus im Bezirksamt Karlsruhe — Eingang Gabelstraße 7b — bezug. in den Kartons bei den Bürgermeistern beantragen, damit eine aus der Fälschung dieser Anträge zu Beginn des neuen Jahres entstehende Verzögerung in der Ausstellung vermieden bleibt.  
Die Anträge auf Ausstellung von Bändergewerbe-„G“ und „N“-Scheinen müssen in jedem Falle persönlich gestellt werden, ebenso die erstmaligen Anträge auf Ausstellung von Jagdpässen. Jagdpässe und Fischerkarten für nicht gewerbmäßige Fischer müssen mit einer Beschreibung und einem Lichtbild des Inhabers aus neuester Zeit versehen sein. Den Gesuchen um Ausstellung von Jagdpässen und nicht gewerbmäßigen Fischerkarten ist daher ein nicht aufgezoogenes Lichtbild des Gesuchstellers aus neuester Zeit anzuschließen.  
Gesuche um Ausstellung von Gewerbelegitimationskarten sind von den Firmeninhabern unter Angabe der Geburtsorte und Daten sowie der Personalbeschreibungen unter Beifügung des Nachweises der Staatsangehörigkeit und eines aufgezoogenen Lichtbildes aus neuester Zeit der Reisenden schriftlich einzureichen.  
Allen Anträgen sind die etwa im vorigen Jahre erteilten gleichartigen Scheine beizufügen, sofern solche z. B. nicht mehr benötigt werden; andernfalls sind die Ordnungszahlen der Papiere und die Daten ihrer Ausstellung anzugeben.  
Sofort zu der Tätigkeit, die mit dem Legitimationspapier ausgeübt werden soll, eine Handelsbescheinigung erforderlich ist, ist bei der Antragstellung das Vorhandensein der Handelsbescheinigung nachzuweisen.  
Karlsruhe, den 9. Dezember 1925. O. B. 192.  
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

**Harmonium**  
2 Reg. . Mark 238.—  
9 Reg. . Mark 297.—  
13 Reg. . Mark 411.—  
Zahlungsrichtung  
Frankfurterstr. 948  
**LANG**  
Kaiserstr. 167 | Tel. 1073  
Salamander-Schuhhaus

**Les Bücher**  
Wissen ist Macht!

**Im Neuanfertigen und Umarbeiten von** E. 635  
**Steppdecken u. Daunendecken**  
empfiehlt sich  
**Paula Schneider**  
Adlerstraße 5 | Karlsruhe

**Aufpolieren**  
von Matratzen und Divans etc. sowie Neuanfertigung besorgt reell u. billig E. 744  
**Albert Ernst**, Tapezier  
Steinstraße 21.

**Massage**  
wird gewissenhaft ausgeführt.  
**Frau Frieda Guber**, Masseuse, Augartenstraße 24, IV, rechts.  
Samstags nicht. E. 753

**Im Messengeschäft**  
Viktoriastraße 10  
sind Kleider, Schürzen, Damast, Reste, Hemden, Stoffe, Tisch- und Bettlaken, Handtücher, zu billigen Preisen eingetroffen. Kein Laden.

**Metalbetten**  
Anderbett, Stahlmatr., gänzlich an Privat. Katalog 1131 frei.  
Eisenmöbelfabrik Sahl (Zfar.).

**Bürgerl. Rechtspflege**  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
E. 696. Bretten. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirt Christof Schumacher Witwe, Karoline geb. Dahn in Böfingen ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und zur Abstimmung über den von der Gemeinschuldnerin ge-

machten Vergleichsvorschlag auf Mittwoch, den 23. Dezember 1925, vorm. 10¼ Uhr, vor dem Amtsgericht Bretten bestimmt. Bretten, 10. Dez. 1925.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Konkursöffnung.**  
E. 688. Donaueschingen. Über das Vermögen der Firma Donaueschingen G. m. b. H. Donaueschingen in Altmehrschloffen ist heute am 30. November 1925, mittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Rechtsanwalt Trotter in Donaueschingen ist zum Konkursverwalter ernannt.  
Konkursforderungen sind bis zum 17. 12. 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Donnerstag, den 7. Januar 1926, mittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 7. Januar 1926, mittags 11 Uhr.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegebenermaßen, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. Dezember 1925 Anzeige zu machen. Eittlingen, 9. Dezember 1925.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Konkursöffnung.**  
E. 697. Eittlingen. Über das Vermögen der Otto Rast Ehefrau, Philippine geb. Pfeifer in Eittlingen, Kolonialwarenhandlung, Rheinstr. 44, wurde heute am 10. Dezember 1925, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Zahlungsunfähigkeit der Gemeinschuldnerin nachgewiesen ist.  
Der Rechtsanwalt Dr. Caro in Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt.  
Konkursforderungen sind bis zum 30. Dez. 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des erkannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Montag, den 4. Januar 1926, vor-

mittags 10¼ Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, den 25. Januar 1926, vormittags 10¼ Uhr.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegebenermaßen, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. Dezember 1925 Anzeige zu machen. Eittlingen, 10. Dez. 1925.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Konkursöffnung.**  
E. 701. Neffkirch. Über das Vermögen der Firma Emil Rabenhauer in Neffkirch wird Geschäftsaufsicht hiermit angeordnet.  
Der Kaufmann Cornelius Gorenflo in Neffkirch ist als Aufsichtsperson bestellt.  
Neffkirch, 7. Dez. 1925.  
Bad. Amtsgericht.

**Konkursöffnung.**  
E. 702. Offenburg. Über die Firma Leberer und Waier in Offenburg, Inhaber Kaufmann Moritz Leberer daselbst, wird auf Antrag des Firmeninhabers heute am 9. Dezember 1925, nachmittags 6 Uhr, die Geschäftsaufsicht angeordnet.  
Als Geschäftsaufsichtsperson wird Kaufmann Ludwig Steiger in Offenburg bestellt.  
Offenburg, 9. Dez. 1925.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Konkursöffnung.**  
E. 699. Rastatt. Über das Vermögen der Firma Autzentrale Karl Fütterer & Co., G. m. b. H. in Rastatt und zugleich über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Autzentrale Karl Fütterer & Co. in Rastatt wurde heute vormittags 9 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Ritzsch in Rastatt. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am Samstag, den 9. Januar 1926, vormittags 10 Uhr. Anmeldefrist, offener Arrest und Anzeigerfrist bis 2. Januar 1926.  
Rastatt, 10. Dez. 1925.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**E. 700. Waldkirch.** Im Konkurs Hans Scheel, Kaufmann hier, soll Schlussverteilung erfolgen, dazu sind M. 570,74 verfügbar. Nach der in der Gerichtsschreiberei aufgefundenen Schlussberechnung sind M. 286,56 Vorrechtsforderungen, sowie 22 277,31 M. Forderungen ohne Vorrecht zu berücksichtigen. Waldkirch, 9. Dez. 1925.  
Der Konkursverwalter: Joseph Nau.

**Bucheneuholz-Verkauf.**  
Bad. Forstamt Redargemünd verkauft freihändig vor der Fällung aus Domänenwald I—V in mehreren Losen etwa 160 fm Rotbuchen-Schwellenholzstämme, 160 Rm Buchenholz, 100 Rm Buchenholz, ferner 20 fm Eichenholz-Stammholz III.—V. Rm. und 60 Rm feines Buchenholz. Angebote bis 24. ds. Mts. erbeten. Losverzeichnis u. Auskunft durch das Forstamt. E. 705

**Badisches Landestheater**  
Samstag, 12. Dezember 1925  
Zu ermäßigten Preisen  
Zum erstenmal  
**Peterhens Mondfahrt**  
Ein Märchenpiel in 7 Bildern von Gerdt von Passow  
Musik von Cl. Schmalstieg  
In Szene gef. von U. d. Trend  
Musikal. Leitung: A. Richter

Die Mutter  
Peterhens  
Amalie  
Nina  
Rastatter  
Sandmännchen  
Nacht  
Donnermann  
Bühne  
Wolkenfrau  
Regen  
Wassermann  
Gisela  
Nachtstraßenmann  
Sonne  
Winternachtsmann v. d. Trend  
Fischerknecht  
Gemma  
Mann im Mond  
Die  
Anfang 6  
1. Rang 3 M., Sperrsitze 2.50,  
2. Rang 2.—, 3. Rang 1.20,  
4. Rang 0.70.